



### **Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 06.08.2015:**

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru*

Dnr-online.ru: In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR berichtete der bevollmächtigte Vertreter der Republik bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin über die entstandene Situation.

„Das Ergebnis der Verhandlungen könnte man sich besser wünschen, das heißt der Prozess zieht sich hin. Die Ukraine tut alles ihr Mögliche, damit er sich noch weiter hinzieht. In drei Untergruppen gibt es Bewegungen, aber nicht bedeutsam. Bezüglich der Ökonomie gibt es Vereinbarungen über Objekte der Wasserversorgung, die wiederhergestellt werden. In der humanitären Untergruppe bezüglich des Austausches von Kriegsgefangenen wurden Listen ausgetauscht. Leider ist das nicht die Zahl von Menschen, die uns interessiert. Für uns ist es am wichtigsten, jetzt die Befreiung absolut aller politischen Gefangenen zu erreichen: wenn wir uns jetzt mit weniger zufrieden geben, verhalten wir uns nicht richtig gegenüber denen, die sich jetzt hinter den Mauern des Sicherheitsdienstes der Ukraine oder an anderen Haftorten befinden.

Die komplizierteste Gruppe ist die Untergruppe zur Sicherheit. Hier ist das Szenario sehr kennzeichnend für die Ukraine und charakterisiert sie vollständig. Aber wir haben unsere Aufgaben und es ist absolut offensichtlich, dass wir nicht anders auftreten konnten, deshalb zieht sich der Prozess sehr in die Länge. Der Prozess des Abzugs von Technik zieht sich seit April. Dann legte Ukraine ihre Variante des Dokuments vor, zu dem wir keine ernsthaften Anmerkungen hatten und bereit waren es zu unterzeichnen. Die Ukraine rechnete auf unsere Absage und war bereit zu streiten, im Ergebnis wollte sie Änderungen sogar in ihr eigenes Dokument einfügen“, berichtete Denis Puschilin.

Er sagte auch, dass dieses Dokument schon im Juni erörtert wurde. Es mussten nur noch einige Koordinaten festgelegt werden, diese Arbeit hätte nur eine kurze Zeit in Anspruch genommen. Aber die Ukraine bringt wieder neue Änderungen und hat so den Prozess bis zum heutigen Tag gezogen.

„Für uns ist es jetzt wichtig Technik abzuziehen, weil die friedlichen Einwohner leiden. Ein Dokument ist schon fertig, das wir bereit sind zu paraphieren und den Oberhäuptern zur Unterschrift zu geben, aber die Ukraine bringt ein weiteres Mal ihre Änderungen in ein schon vereinbartes Dokument ein. Und zwar solche Änderungen, die für uns gerade unannehmbar sind. Wieder entsteht eine Diskussion und so kommen wir zu keinem konkreten Ergebnis bezüglich eines völlig fertigen Dokuments.“

Der stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR erklärte, dass es unannehmbar ist, irgendein beliebiges Dokument zu unterzeichnen und mit dem Abzug der Technik zu beginnen.

„Es ist nötig, die Technik entweder an der gesamten Kontaktlinie abzuziehen oder überhaupt kein Dokument zu unterzeichnen, weil dies eine ernste Gefahr für eine Weiterführung der Beschüsse ist. Für die Ukraine ist das eine Rechenschaft gegenüber Europa, die sie trotzdem irgendwie machen, die Schaffung eines Anscheins, aber für uns ist das nicht die Variante, auf die wir bereit sind einzugehen. Entsprechend kommt die Situation ins Stocken“, sagte Denis Puschilin.

Es sagte auch, dass das Gesetz über den besonderen Status auch nicht in Kraft gesetzt wurde, Verfassungsreformen durchlaufen nicht die nötige Abstimmung, die Ukraine verzögert den Prozess auf jede Weise.

„Es ist jetzt notwendig unter Beteiligung Europas, der normannischen Vier, einen möglichst schnellen Abzug der Technik zu erreichen – dies ist eine Voraussetzung für die Beendigung des Krieges. Wenn uns eine Beendigung des Kriegs interessiert, so ist Kiew daran nicht interessiert: es hat nicht mehr die Möglichkeit die schlechte wirtschaftliche Situation in der Ukraine auf die „Agressoren-Terroristen“ zu schieben, sie müssen beginnen sich mit der Ökonomie befassen. Jetzt beeilen sie sich nicht, sich damit zu befassen, weil alles, was die Kiewer Regierung gelernt hat, ist mit ausgestreckten Händen in der Welt herumzugehen und um Kredite zu bitten“, fügte Puschilin hinzu.

Dan-news.info: Erklärung der Vorsitzender der Volkssowjets der DVR und der LVR Andrej Purgin und Alexej Karjakin:

Wir rufen die Führer der EU auf, einen Krieg in vollem Ausmaß auf unserem Land zu verhindern. Und die Ukraine zum Verhandlungsprozess für eine friedliche Regelung des Konflikts und eine Beendigung der Auslöschung des Volks des Donbass zurückzubringen. Wir wollen wissen, wie Frau Merkel und Herr Hollande die lautstarken Erklärungen von Poroschenko, Grojsman und Parubij bewerten, dass sie die Minsker Vereinbarungen nicht erfüllen wollen und es nicht tun werden. Dass der Donbass keinen besonderen Status erhalten wird, obwohl dies direkt im Minsker Maßnahmekomplex vorgesehen ist. Dass die örtlichen Wahlen im Donbass nicht stattfinden werden, genauso wenig wie eine Amnestie für die Teilnehmer des Konflikts von beiden Seiten. Und dies sind auch grundlegende Forderungen von Minsk-1 und Minsk-2.

Darüber, dass das Problem des Donbass so gelöst wird, wie Kroatien mit der serbischen Krajina umgegangen ist – auf militärischem Weg, mit einer Strafoperation, Gewalt, Morden und Zerstörungen. Es ist, als würde dieses dreiste Geständnis der wirklichen Absichten Kiews nicht zur Kenntnis genommen. Es ist offensichtlich, dass auf solche Weise die in Kiew regierende Clique sich nicht nur den Prinzipien der Minsker Dokumente verweigert, sondern auch überhaupt der Notwendigkeit einer friedlichen, politischen Regelung durch einen gleichberechtigten Dialog. Und es wird Kurs auf einen Krieg genommen.

Dieser Kurs hat sich auch in den letzten Konsultationen in Minsk am 3. und 4. August gezeigt. Keinerlei Fortschritt, demonstrative Sabotage von Seiten der Ukraine. Ein Scheitern selbst einer so weitgehend ausgearbeiteten Frage wie dem Abzug von Panzern und Granatwerfern, der die DVR und die LVR sofort vollständig zugestimmt haben.

Wir fordern, dass die Führer der EU energische Maßnahmen ergreifen, um die Ukraine zum Frieden zu zwingen, wenn es nötig ist, dazu wieder das „normannische Format“ auf höchster Ebene einzuberufen.

Wir fordern, die ukrainischen Straftruppen zu stoppen, unser Volk vor der physischen Vernichtung zu retten.

Lug-info.com: Treffen des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij mit den Teilnehmern des Verhandlungsprozesses von Seiten der Republik (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) Die ukrainische Seite will kategorisch keinen einzigen der Punkte des Maßnahmekomplexes zur Regulierung der Situation im Donbass erfüllen, berichtete heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen.

„Es läuft ein Zusammenfallen des Minsker Prozesses. Es läuft eine Sabotage dieses Prozesses, die Ukraine hat kategorisch vor, keinen einzigen der Punkte des Maßnahmekomplexes zu erfüllen“, sagte Dejnego.

Der Wiederaufbau von Objekten der Wasserversorgung im Donbass wird möglicherweise von Deutschland aus seinem Reservefonds vorfinanziert, erklärte Dejnego.

„Es ist die Frage der Vorbereitung eines Besuchsprogramms von Fachleuten abgestimmt worden, die zu uns zur Beurteilung der Wasserversorgungsobjekte kommen sollen. Deutschland schlägt vor, diese Wiederaufbauarbeiten aus seinem Reservefonds vorzufinanzieren.“

„Das heißt, die Finanzquelle ist bestimmt. Weder die Verantwortlichkeit noch der Zeitpunkt liegen bisher fest“, unterstrich Dejnego.

Die Vertreterin der Untergruppe zur Ökonomie aus der LVR Jelena Kostenko sagte, dass nach dem Plan „eine Gruppe aus Deutschland, eine aus der Schweiz“ kommen wird.

„Wir hoffen, dass dies bis zum 26. August, dem nächsten Treffen der Kontaktgruppe, ausgearbeitet ist“, erklärte sie.

Kostenko erklärte weiter, dass die LVR von Kiew Vorschläge zu Orten für mobile Banken an der Kontaktlinie erwartet. Sie berichtete, dass während der Sitzung der Untergruppe zur Ökonomie in dieser Woche die LVR „die Frage von mobilen Banken zur Auszahlung von Renten an unsere Rentner aufgeworfen hat“.

„Zurzeit warten wir auf Vorschläge der Ukraine, um die Orte festzulegen, wo sich diese mobilen Banken befinden sollen und dass sie diese mit uns abstimmen“, sagte Kostenko.

Laut der ukrainischen Seite werden dafür spezielle Fahrzeuge benötigt, die laut der Aussage der ukrainischen Seite bis Ende September, Anfang Oktober zur Verfügung stehen sollen.

Die positive Dynamik in der Arbeit der ökonomischen Untergruppe der Kontaktgruppe wurde dank der Position der OSZE-Vertreter erreicht, berichtete Wladislaw Dejnego.

„Wegen des Standpunkts der OSZE haben wir eine positive Dynamik in der ökonomischen Gruppe zu Fragen des Wiederaufbaus. Hier gibt es reale Schritte“, sagte Dejnego.

Der Plan zum Wiederaufbau von Wasserversorgungsobjekten der LVR konnte während des Minsker Treffens vereinbart werden, weil Kiew Angst hat, sich als „absolut verhandlungsunfähig“ zu zeigen, erklärte Wladislaw Dejnego.

„Was die Wasserversorgung unseres Territoriums betrifft, haben wir hier ein Ergebnis nur deswegen erreicht, weil praktisch alle drei Objekte auf dem Territorium der Ukraine liegen. Und wenn die Ukraine hier „nein“ gesagt hätte, hätte sie sich als absolut nicht „verhandlungsfähig“ gezeigt“, erklärte er.

„Die Ukraine war gezwungen zu einem Übereinkommen zu kommen, weil wir sie durch unsere Vorschläge in eine solche Lage gebracht haben, dass sie sich nicht verweigern konnte, ohne das Gesicht zu verlieren“, fügte Dejnego hinzu.

Die ukrainische Seite hat im Verlauf der Treffen der Untergruppe der Kontaktgruppe zur Sicherheit vorgeschlagen, den Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm auf zwei Monate auszudehnen, erklärte Wladislaw Dejnego:

„Am 3. August um 22 Uhr wurde eine weitere Variante dieses Textes abgestimmt, nach dem vorgesehen war, an der gesamten Kontaktlinie gleichzeitig abzuziehen, mit kleinen Ausnahmen, wo dieser Abzug mit einem geringen Abstand erfolgen sollte“, erinnerte Dejnego.

„Die Ukraine sagte „ja wir sind bereit, aber wir möchten diesen kurzen Abstand auf zwei Monate ausdehnen“, erzählte der Bevollmächtigte der LVR.

„Auf diese Weise hat die Ukraine absolut ihre nicht vorhandene Bereitschaft zur Schaffung einer 30-km-Pufferzone gezeigt“, unterstrich er.